

51 Prozent

Darf man einen Politiker heiss finden?



Nicole Althaus

Jane Fonda hat eine wichtige Lektion gelernt. Und sie wäre keine Feministin und politische Aktivistin mit Sendungsbewusstsein, wollte sie das Gelernte nicht sofort der ganzen Welt verkünden: «Wir sollten uns nicht von gutaussehenden Liberalen blenden lassen», warnte sie an einer Medienkonferenz von Greenpeace im kanadischen Edmonton.

Das ist sicher keine Erkenntnis, welche die Welt aus den Angeln hebt. In ihrer Banalität beweist sie aber, wie sehr die Attraktivität des Mannes, dem der Vorwurf gilt, das Urteilsvermögen von Jane Fonda aus den Angeln gehoben haben muss. Die zweifache Oscarpreisträgerin fühlt sich betrogen von Justin Trudeau, dem kanadischen Regierungschef, weil dieser Pipelines zur Ölgewinnung in der Provinz Alberta genehmigt hatte. Und das, obwohl er sich erfolgreich als Mann mit einem Herzen für Frauen, Flüchtlinge und die Umwelt inszeniert hatte. «Wir dachten alle: «Cooler Typ», schimpfte Fonda. «Was für eine Enttäuschung!»

Es war die erste öffentliche Kritik von prominenter Seite an die Adresse des auf allen

Kanälen gefeierten Trudeau, der in seiner bisherigen Amtszeit vorab mit seinem Körper und nicht mit seiner Politik Schlagzeilen gemacht hatte. Und sie wäre nicht der Rede wert, käme sie nicht von einer selbsternannten Feministin, zielte sie nicht gegen einen selbsternannten Feministen und wäre sie nicht im Kern sexistisch.

Man muss sich vor dem inneren Auge nur schnell den Shitstorm vorstellen, den Fondas Aussage ausgelöst hätte, wäre sie ein Mann und Trudeau eine Frau: Man hätte den Macho tagelang unter irgendeinem Hashtag dafür bestraft, dass er vom Aussehen auf die Politik geschlossen hat. Man hätte ihn bezichtigt, eine Frau zum Objekt zu machen, und hätte ihm ganz grundsätzlich jeglichen zwischengeschlechtlichen Anstand abgesprochen, weil er «gutausschend» und «liberal» im selben Satz erwähnt hatte. Denn Politikerinnen dürfen nicht gut aussehen, sie dürfen auch nicht schlecht aussehen. Politikerinnen sehen in der politisch korrekten Berichterstattung gar nicht aus.

Offenbar gelten für Politiker andere Massstäbe: «Heiss» ist das Adjektiv, das Justin Trudeau seit seiner Wahl zum Premierminister im Oktober 2015 weltweit am häufigsten zugeschrieben worden ist. Es ist noch das harmloseste: «Babe» las man auch nicht selten, und gar die Beschreibung «fuckable» machte die Runde, nachdem das feministische Portal «Jezebel» den 45-jährigen Kanadier als Politiker bezeichnet hatte, der «ohne Kontroverse flachgelegt werden könnte». Die Aussagen wurden zitiert, gelikt, retweetet.



Noch nicht einmal ein Hashtag löste das Sexualisieren des Premierministers aus. Im Gegenteil.

Ein Aufschrei? Von wegen! Noch nicht einmal ein Hashtag löste das Sexualisieren des Premierministers aus. Im Gegenteil.

Zwar stritt man sich unter Feministinnen kurz, ob es in Ordnung sei, Trudeau zum Sexsymbol zu degradieren. Einige behaupteten, dass es umgekehrten Sexismus gar nicht gebe, da der Mann noch immer die Macht der Norm besitze. Andere hielten das Sexualisieren für ausgleichende Gerechtigkeit. Selbstverständlich fiel in der Debatte auch das Argument, der «kanadische Beau» habe es darauf angelegt, weil er doch gern seinen muskulösen Körper zur Schau stelle und sich auch sonst wie ein «Barbie-Ken mit Tattoo» verhalte. Nur die Worte Respekt oder Anstand fielen nie. Die ganze Diskussion fühlte sich ein bisschen so an wie die vermeintlich lustige Werbung, in der eine Frau ihren Mann mit einem Putztuch aus der guten Stube wischt: als grosse postemanzipatorische Verwirrung.

Die Lektion, die man tatsächlich lernen kann? Nicht die sexuelle Objektivierung per se ist das Problem, sondern dass sie ohne Etikette geschieht: Man kann Politiker beider Geschlechter attraktiv finden und trotzdem wissen, dass er oder sie mehr ist als die Summe seiner sexy Körperteile. Man darf den Minister oder die Präsidentin sogar «superheiss» finden, solange man das für sich behält. Schliesslich essen wir in der Öffentlichkeit auch nicht mit den Händen.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Kein Urteil, sondern eine Frechheit



Markus Felber

Wer hat die Textbausteine in der Rechtsprechung eingeführt? War es die erste Generation von Richtern, die als Kinder mit Legosteinen gespielt haben? Oder hat doch eher die elektronische Textverarbeitung die Verwendung von solchen Textbausteinen befeuert?

Wie viel es bringt, häufig wiederkehrende Urteilspassagen kopiert einzufügen, statt immer wieder neu zu schreiben, ist umstritten. Eigentlich müsste zwar Kopieren statt Abschreiben zu mehr Rechtssicherheit führen. Zumindest wenn das wohlüberlegt und mit klarem Kopf bewerkstelligt wird. Sehr vielen Urteilen indes merkt man beim Lesen an, dass sie nicht aus einem Guss verfasst, sondern aus Einzelteilen zusammengebastelt wurden. Und wo mit Textbausteinen ganz unbedarft umgegangen wird, kommt es auch schon einmal zu einer ungewollten Änderung der Rechtsprechung.

Dass man bei der Automatisierung der Urteilsbegründung noch deutlich weiter gehen kann, hat unlängst ein Amtsrichter in Köln gezeigt. Als Begründung seines Entscheids - in einem Verfahren wegen fahrlässigen Vollrauchs notabene - liess er die Anklageschrift, das Sitzungsprotokoll samt allen Streichungen sowie eine Rechtsschrift der Verteidigung tel quel und ohne jede Beweiswürdigung ins Urteil kopieren. Dafür ist er jetzt vom Landgericht Köln mit ungewohnter Schärfe gemassregelt worden. Bei dem von ihm als Richter unterschriebenen Dokument handle es sich nicht um ein auch nur ansatzweise begründetes Urteil, «sondern schlicht um eine Frechheit». Der Sinn eines solchen Vorgehens erschliesse sich dem Landgericht nicht. Auch vor dem Hintergrund einer hohen Arbeitsbelastung bleibe ein solches «Scheinurteil» unerklärlich und höchst bedenklich. Deutlicher kann man eine untere Instanz kaum abkanzeln. Unklar bleibt einzig, ob der Amtsrichter am PC geflickschustert oder womöglich noch mit Leim und Schere geamtet hat.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Niemand will, dass die Unternehmen die Schweiz verlassen»

Gregor Rutz sagt Ja zur Unternehmenssteuerreform, auch als Mittel gegen den aufgeblähten Staat. Jacqueline Badran hält die Vorlage für überladen

Gregor Rutz

Am 12. Februar, liebe Frau Badran, stimmen wir über eine Steuerreform ab. Diese Reform wurde nötig, weil die EU vor zehn Jahren die Schweiz angegriffen hatte. Eine tiefe Besteuerung für Holdinggesellschaften komme einer «staatlichen Beihilfe» gleich. Unser Steuersystem widerspreche darum Artikel 23 des Freihandelsabkommens. Eine absurde Behauptung - und eine ungeheuerliche Einmischung in die schweizerische Souveränität. Für mich ist klar: Die Schweiz muss auch in Zukunft ein attraktiver Standort für Unternehmen bleiben. Die Steuerbelastung ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Standortfaktor. Nichts zu machen, ist darum keine Variante. Die Kritik der SP an der Steuerreform wundert mich deshalb. Wollen Sie riskieren, dass Unternehmen abwandern?

Jacqueline Badran

Sie betreiben einen aggressiven Standortwettbewerb mit der Unternehmenssteuerepolitik. Das geht nur auf, wenn viele Firmen angelockt werden und auch kommen. Aber wenn diese dann da sind, schreien Sie als Erstes: Masseneinwanderung! Widersprüchlicher geht es gar nicht. Die Strategie mit exzessivem Steuerdumping muss aufhören. Wir wollen kein aufgepumptes Wachstum, das zu einer Stagnation des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf führt. Das Erfolgsmodell Schweiz lautete bis Ende der neunziger Jahre: Wachstum durch Innovation aus uns selber heraus. Wir wollen eine Unternehmenssteuerreform - aber nicht schon wieder auf dem Buckel des Mittelstands, der die geschenkten Konzerngewinne zahlen muss. Und nicht derart übertrieben.

Gregor Rutz

Bleiben wir bei den Fakten: Die Bundesausgaben stiegen von 32 Milliarden Franken (1990) auf 65 Milliarden Franken (2015). In drei Jahren (2020) werden die Bundesausgaben 77 Milliarden Franken betragen. In den letzten 25 Jahren haben sich die Ausgaben des Staates mehr als verdoppelt. Gleichzeitig

Debattierer



Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

blähten sich die Verwaltungen immer mehr auf: Seit 2002 haben die Stellen im öffentlichen Sektor um 270 000 zugenommen. Und Sie reden hier von Steuerdumping? Faktum ist: Der Staat hat immer mehr Geld, Bürger und Unternehmen werden zur Kasse gebeten. Um einen konkurrenzfähigen Standort zu erhalten, müssen wir den öffentlichen Sektor zurückbinden und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern. Ihre Partei tut alles dafür, den Standort zu schwächen: Mehr Gesetze, mehr Bürokratie, mehr Verwaltungsangestellte und höhere Steuern. Das sind die Fakten - da ändern auch Ihre Behauptungen nichts daran.

Jacqueline Badran

Sie reden am Thema vorbei. Klar, die Fakten sind ja auch auf unserer Seite. Zum Beispiel rennt Gewerbedirektor Bigler umher und behauptet, die Unternehmenssteuerreform III und die Steuerenkungen seien toll für die KMU. Nur, von den 500 000 Firmen in der Schweiz zahlen gerade einmal 25 000 Firmen einen Steuerbetrag von mehr als 10 000 Franken. 95 Prozent der Firmen zahlen keine oder kaum Steuern. Knapp 500 Firmen zahlen mehr als 1 Million Franken Steuern und ganze 30 mehr als 10 Millionen. Mit den KMU hat diese Vorlage einfach nichts zu tun. Im Gegenteil, refinanziert man die Steuerentlastungen über die Einkommensteuern (indem man sie erhöht oder nicht senkt), dann schwächt das die Kaufkraft und damit die KMU. Wer schädigt hier denn den Wirtschaftsstandort?

Gregor Rutz

Es geht nicht darum, ob Unternehmen etwas mehr oder weniger zahlen - es geht darum, ob diese Betriebe die Schweiz verlassen und dann gar nichts mehr zahlen. Selbstverständlich sind die KMU direkt betroffen: Wenn unser Standort nicht mehr wettbewerbsfähig ist, trifft es alle. Darum ist der Steuerwettbewerb ein Erfolgsmodell. Neben einer bescheidenen Steuerbelastung ist aber, wie erwähnt, wichtig, dass sich der öffent-

liche Sektor nicht immer weiter aufbläht. Hier haben wir dringenden Handlungsbedarf. Darum ist es sogar positiv, wenn die Steuerreform einen Minderertrag brächte: Dass im Kanton Zürich mittlerweile über 100 000 Personen im öffentlichen Sektor angestellt sind, ist eine fatale Entwicklung, die dem Standort langfristig klar schadet. Wir müssen uns fit sparen - bürokratischer Luxus und eine überdimensionierte Verwaltung sind von gestern!

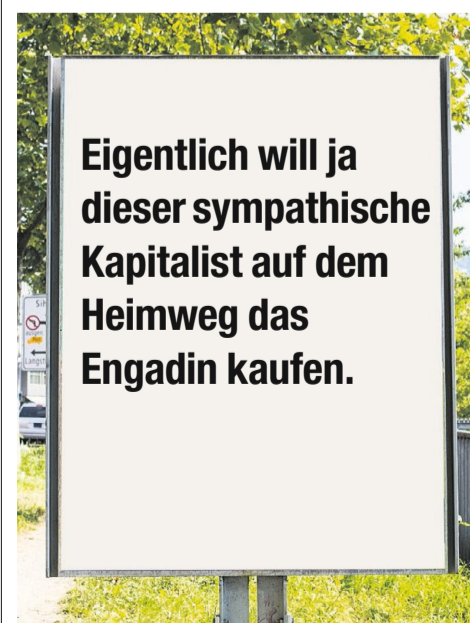
Jacqueline Badran

Niemand will, dass die Unternehmen die Schweiz verlassen. Wir wollen eine Reform. Wir sind ja nicht naiv und kennen den Standortwettbewerb. Deshalb sollen die abgeschafften Steuerprivilegien für Konzerne auch kompensiert, aber nicht überkompensiert werden. Zudem soll die Gegenfinanzierung via Kapital und nicht über die Lohnsteuern geschehen. So wie die Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf auch vorgesehen hatte. Ein Nein zur Vorlage ebnet den Weg für eine schnelle und ausgewogene Reform.

Es ist unerträglich, wie rund um diese Reform gelogen wird. Eine Mär ist es etwa, dass mit den von uns subventionierten Gewinnen mehr investiert werde. 75 Prozent der ausgeschütteten Gewinne fliessen ins Ausland. An den US-Pensionsfonds, an den chinesischen Staatsfonds oder an arabische Ölscheichs. Zweitens explodieren weltweit die Konzerngewinne, während gleichzeitig die Investitionen zurückgehen. Ein Paradoxon, das allen Ökonomen Kopfzerbrechen bereitet. Die Gewinne werden entweder in Aktienrückkäufe oder in den Aufkauf von Konkurrenten gesteckt, oder sie werden ausgeschüttet. Investiert wird, wenn es eine Nachfrage gibt. Mit Steuerdumping wird genau diese Nachfrage geschwächt, weil dem Mittelstand weniger in der Tasche bleibt. Diese Reform, bei der ohne Not übertrieben wurde, ist Gift für unsere Wirtschaft. Ich bin sicher, die Stimmbürgerinnen werden sie zurück an den Absender schicken.

Strittis Schlagzeile

Zum ersten Auftritt des chinesischen Präsidenten am WEF in Davos.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.